

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postzusatz für Monat März 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 10 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Reklameweile 100 Pf., außerhalb 200 Pf., Offerteneinladung 10 Pf., Ausm. Auftrag o. a. Berechnung

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Marienstraße 33/42.
Druck u. Verlag von Joseph & Reichardt in Dresden.
Polizeisch.-Nr. 1068 Dresden.

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gammatonnen 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unberechtigter Nachdruck wird nicht aufbewahrt.

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Limbäcker

Fernsprecher 13777
Johann-Georgen-Allee 8

Programmrede des Reichsinnenministers.

Die Fürsorge des Reichs für die Beamten. — Reichsregierung und Auswanderungsproblem. Politische Rede des Kanzlers an die Presse. — Anleihepläne Frankreichs. — Der Leipziger Augustusplatz — Karl-Marx-Platz.

Der Innenetat im Haushaltsausschuß.

Berlin, 2. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet heute den Etat des Reichsministeriums des Innern. Der Berichterstatter führte aus, daß der Etat des Reichsinnenministeriums zweifellos als der schwerwiegendste Reichsetat anzusprechen sei. Ihn durchziehen eine Unmenge von unterschiedlichen Etattiteln, ein vielfaches von Behördenkörpern, die in ihren Zwecken sehr verschieden sind. Der Berichterstatter stellte fest, daß der Etat für 1927 einen Aufschwung von 58 356 446 fordert. Der Etat für 1926 war höher mit rund 82 Millionen Mark. Es ergibt sich somit eine Ersparnis von rund 23,5 Millionen Mark. Auf die fortwährenden Ausgaben entfallen rund 29,5 Millionen Mark, während die einmaligen Ausgaben rund 28,5 Millionen Mark betragen. Im Haushalts für 1927 sind elf neue Planstellen enthalten. Demgegenüber sind sechs Planstellen fortgefallen. In 73 Fällen sind höhere Besetzungen für Planstellen erfolgt, was allerdings dringend notwendig war. Im besonderen ist für die als wissenschaftliche Forscher und Gutachter tätigen Beamten die Gruppe 11 als Eingangsgruppe eingestuft worden. Das ist, wie der Berichterstatter betonte, ein Fortschritt, der seit Jahren angestrebt wurde und nunmehr erreicht ist.

Als bemerkenswert erwähnte der Berichterstatter die Voranschläge für den Erweiterungsbau des Deutschen Stadions mit 500 000 M. Für die Vorbereitung und Durchführung der deutschen Reichsfeier der internationalen Olympischen Spiele in Amsterdam im Jahre 1928 sind 150 000 M. anzusetzen, ebenso als Baukostenzuschuß für das Deutsche Olympium in Dresden 1 Million Mark.

Abg. Wumm (D.-Nat.) betonte als Mitberichterstatter die Sparsamkeit, mit der dieser Haushalt aufgestellt worden ist, hielt aber erhöhte Forderungen für kulturelle gemeinnützige Einrichtungen und Vereinigungen für nötig. Wir stimmen, betonte der Redner, in der körperlichen Erhaltung der Jugend zusammen, aber sie darf nicht auf Kosten der Seelenpflege und in der Richtung der Sportexzesse liegen. Es ist ein Zeichen verfehrter Sinnesart, wenn ein illustriertes Blatt z. B. das Bild eines Preisbörers als Hoffnung Deutschlands vorführt. Die wichtigste und größte festgesetzte Aufgabe ist die des Reichsschulgesetzes. Doch auch das neue Filmgesetz, das Gesetz über die reichsweiten Fester- und Gedanktage, das Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose usw. sollten kräftig gefördert werden.

Reichsinnenminister Dr. v. Reubell

Sprach zunächst seinen Dank aus für die von den Vorrednern geäußerten Anregungen auf sachlichem und persönlichem Gebiet und wies dann auf die nennenswerte Steigerung der Ausgaben für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke hin. Was die durch eine Reichstagsresolution gewünschte Einschränkung der wissenschaftlichen Beamten in Gruppe 11 betreffe, so hätte die Reichsregierung diese Forderung nicht voll erfüllen können, weil hierin eine Veranlassung aller übrigen höheren Beamten, von denen ein volles akademisches Studium und das Bestehen der vorgeschriebenen Prüfungen verlangt wird, gelegen hätte. Diese Beamten haben allgemein ihre Anfangsstufe in Gruppe 10 und steigen dann nach Bewährung beim Freiwerden von Beförderungstellen nach Gruppe 11 und 12 auf. Es würde von ihnen nicht verstanden werden sein, wenn die wissenschaftlichen Beamten restlos die Gruppe 11 als Eingangsstufe erhalten hätten, da ohne Zweifel bei den Behörden auch wissenschaftliche Arbeiten zu verrichten sind, für welche die allgemeine akademische Vorbildung, mithin die erstmalige Anstellung in Gruppe 10 genügt. Bei der Aufstellung des Haushalts für 1927 sei deshalb in Gemeinschaft mit dem Leiter der wissenschaftlichen Behörden eingehend geprüft worden, wer von den planmäßig angestellten höheren Beamten als Wissenschaftler, Forscher und Gutachter anzusprechen sei. Für diese Herren sei die Gruppe 11 als Eingangsstufe bezeichnet worden.

Zur Frage der Verwaltungsreform

erklärt der Minister, daß er keine Bedenken trage, sie mit den Ländern über den Beamtenaustausch vereinbarten Richtlinien bekanntzugeben. Im übrigen sei festzuhalten, daß gegenwärtig jede der bekannten gesetzgeberischen Materien in irgendeinem Stadium der Beratung beim Reichstag oder Reichsrat sich befindet. Die Reichsregierung lasse sich die besondere Förderung anregen sein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Minister weiter der Genugtuung darüber Ausdruck, in wie erfreulicher Weise die Fortbildung der Beamtenschaft durch

die Beamtenschulen

erfolge. Besonders anzuerkennen sei der Idealismus aller bei der Förderung dieser Aufgabe beteiligten Stellen, der Beamten selbst und ihrer Organisationen, der Universitätsprofessoren usw. Die Beamtenschulen seien von der Beamtenschaft

selbst geschaffen und von Jahr zu Jahr systematischer ausgebaut worden. Das Reich habe die Entwicklung mit Rat und Tat unterstützt. Die Organisation der Volkshochschulen, die Aufstellung sachgemäßer Lehrpläne stege gemeinschaftlich in den Händen von Universitätsprofessoren, Behörden und Beamtenorganisationsvertretern, ein Verfahren, das sich durchaus bewährt habe. Rund 25 000 Beamte hätten sich an den Fortbildungseinrichtungen beteiligt. Nicht materielle Gründe seien für sie maßgebend gewesen, sondern in erster Linie Ideal, Bildung zu Persönlichkeiten, die sich bewußt und mit allen in ihnen schlummernden Kräften in den Dienst des Staates und des Volkes stellen wollen. Für die Fortbildung im fremdsprachlichen Unterricht sei den Beamten Unterstützung gewährt worden, und zwar die Hälfte der Kosten der Privatstunden in der Heimat und außerdem die Fahrtkosten zweiter Klasse zur Fahrt ins Ausland, bei einem Urlaub von mindestens vier Wochen.

Bei Beantwortung der Frage nach der Politik, welche die Reichsregierung in Sachen der Auswanderung einschläge, wies der Minister darauf hin, daß zwischen drei verschiedenen Kategorien von Auswanderern zu unterscheiden sei

1. solchen Elementen, deren Ueberführung ins Ausland geeignet scheine, das Deutschtum zu fördern;
 2. weniger wertvollen Elementen, deren Auswanderung im Interesse des deutschen Ansehens besser unterbliebe, und
 3. die für uns wertvollste Gruppe von Auswanderern, deren Verlust für die Heimat außerordentlich schmerzhaft sei, nämlich die Vertreter wichtiger Berufe und hochqualifizierter Arbeit, in erster Linie Leute der Landwirtschaft, also Arbeitskräfte, die für die Heimat fast unerlässlich erscheinen.
- Hier sei es, führte der Minister weiter aus, die wesentliche Aufgabe des Reichsinnenministeriums, diese Auswanderung gewissermaßen prophylaktisch zu he mmen, sei es durch Förderung der inneren Kolonisation, sei es durch Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten für Qualitätsarbeiter in der Heimat oder durch andere Maßnahmen. Der Minister gedachte bei der Auswanderungsfrage auch der wertvollen Mitarbeit der gemeinnützigen Verbände, insbesondere der gemeinnützigen landmannschaftlichen Verbände und der konfessionellen Verbände, die in der Betreuung der Auswanderer gute Dienste leisteten.

Zum Schluß betonte der Minister, daß er als besonders wichtige Aufgabe seines Ministeriums die beschleunigte Einbringung des Reichsschulgesetzes ansehe.

Er beschloß nicht, hierbei irgendeinen der vorhandenen Gehetwürfe zurunde zu legen, sondern es werde ein neuer Gesetzentwurf aufgestellt werden. Wenn eine möglichst weitgehende Uebereinstimmung hierüber erzielt würde, würde er dies besonders begrüßen.

Abg. Kütz (Dem.) sprach den Wunsch aus, daß es dem Minister gelingen möge, das in seinem Ministerium vorhandene reiche Maß an Sachkunde, Pflichtigkeit und Arbeitsenergie zur befriedigenden Lösung der großen Probleme zusammenzufassen, die dem Reichsinnenminister vorliegen. Das Diktum müsse eine Zentralbehandlung finden. Fragenwelche Gegenstände zum Weiten dürfe dabei nicht in Erscheinung treten. Es sei auch der Zeitpunkt gekommen, die Frage der Einführung einer Reichsangehörigkeit ernsthaft zu prüfen. Was ein Reichskonordat anbetreffe, so sei an sich die Zuträglichkeit des Reiches nicht zu bestreiten. Es wolle ihm aber nicht zweckmäßig erscheinen, jetzt auf ein solches Konordat hinzuwirken, nachdem sich Preußen jetzt offenbar in weit vorgeschrittenen Erwägungen über ein Konordat befinde.

Abg. Solmann (Soz.) hielt den Kultusetat des Reichs für immer noch viel zu bescheiden ausstattet. Der Redner wandte sich dann gegen das Vorhandensein der Länder und erklärte, der Eindruck, daß die letzte Wiederrückung des Reichs in 18 Länder unhaltbar sei, werde immer härter.

Abg. Dr. Gremer (DVP.) erklärte u. a., daß der Hauptausgabepunkt die Polizeikosten mit 190 Millionen Mark seien. Bedauerlicherweise habe das Reich die Polizei den Ländern überlassen müssen. Trotzdem werde man es aussprechen dürfen, daß die Verwendung der Polizeikosten in der großen Linie entsprechend den vom Reich aufgestellten Gesichtspunkten zu erfolgen habe. Ein weiterer großer Posten der Ausgaben sind die Aufwendungen für die Ostmarken. Wir haben den Wunsch, diese Aufwendungen fest zu umgrenzen und durch einmal in diesem Jahr zu vollziehende Verkümmen des Reiches auszugleichen.

Der Redner stellte im übrigen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen das Problem der Verwaltungsreform und führte aus, der gegenwärtige Zustand sei eine Halbheit. Alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Momente zwängen dazu, einschließen der Vereinheitlichung anzustreben. Am besten würde zu diesem Zweck die beiden möglichen Wege der Verwaltungsreform und der Reichsfinanzreform gleichzeitig beschritten.

(Fortsetzung des Bericht auf Seite 2.)

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Die neue Regierungskoalition im Reich ist eben erst im Kreuzfeuer der Koalition zu einem arbeitsfähigen Block zusammengeschweißt, und schon schied sich das Zentrum an, die Früchte zu pflücken, die für die Partei in Folge der vorgenommenen Rechtschwendung heranreifen. Wenn auch nicht der ausschlaggebende, so doch ein wesentlich mitbestimmender Grund war bei dieser Umstellung die Hoffnung gewesen, daß auf diese Weise diejenigen Volksteile wiedergewonnen werden könnten, die wegen des klaren Linksdrucks des Erzberger- und später des Wirth-Flügels abgesperrt waren und damit in den bisher in allen politischen Stürmen unerschütterten Zentrumsturm den ersten Nib geiraden hatten. In erster Linie handelt es sich dabei um die Bayerische Volkspartei, die während der Umkreisung aller überkommenen Parteiverhältnisse in den ersten Revolutionsjahren die neben Abteuland-Westfalen und Oberschlesien wichtigste Zentrumdomäne in Süddeutschland losgerissen und für sich monopolisiert hatte. Sie nahm vom ersten Wahlgang an mit vollem Erfolge die früheren Anhänger der Zentrumspartei in sich auf und konnte ihre neue Organisation zum Teil auch darüber hinaus zu einem Sammelboden für die übrigen konservativen Elemente Bayerns ausbilden. In die Nationalversammlung konnte sie 17, in die späteren Reichstage mit 1 1/2 Million Stimmen sogar 20 bzw. 19 Abgeordnete entsenden und damit als Mittelpartei mit ausgeprochenem Rechtsdrall bei den schwierigen Wehrheitsverhältnissen einen oft entscheidenden Einfluß ausüben. Um ebenjoviel, als die Bayerische Volkspartei an Machtgewicht in die politische Waagschale werfen konnte, war natürlich die Stöckkraft der Zentrumspartei geschwächt, und überdies wurde es in Zentrumskreisen schmerzlich empfunden, daß mit dem selbständigen Vorgehen der Bayern das Idealziel aller echten Zentrumsteute, die politische Vereinigung des deutschen Katholizismus in einer großen Partei, in noch weitere Ferne gerückt war.

Freilich, kampflos hat das Zentrum das bayerische Herrschaftsgebiet der Nachfolgerpartei nicht überlassen. Nach ihrem Wahlerfolge im November 1920 hatte die Bayerische Volkspartei ihre Richtlinien im „Bamberger Programm“ festgelegt, das sich zu einer Politik „der christlichen Weltanschauung und des praktischen Föderalismus“ bekannte. Da aber gerade damals das Reichszentrum in der Weimarer Koalition einen tiefen Programmentgegengelegenheitskurs erneuerte, traten die Bayern in Opposition zu dem Kabinett Wirth und fanden sich zur Mitarbeit erst Ende 1923 wieder bereit, als das erste Minderheitskabinett Marx ins Leben trat. Seitdem war die Bayerische Volkspartei an allen Regierungen der Mitte beteiligt, zuerst durch den Reichsjustizminister Emminger und dann durch die Postminister Stinag und Schädel. Trotzdem im Laufe der Zeit aus der gegenseitigen Oppositionsstellung heraus sich wieder eine Koalitionsgemeinschaft der beiden katholischen Parteien entwickelt hatte, war aber der Nationalitätskampf ungemindert geblieben. Das Zentrum hatte sich in der bayerischen Pfalz und auch im unterfränkischen Wahlkreis ein Sprungbrett gerettet, von dem aus es zwar nicht im offenen Wahlkampf, aber doch durch geheime Wählerreisen Unfrieden und Verwirrung in die Reihen der Bayerischen Volkspartei zu tragen versuchte. Dieser Bruderkampf hatte sich immer mehr und in immer gebässigeren Formen zuspitzt, und es drohte in letzter Zeit schon die Möglichkeit, daß bei den nächsten Wahlen eigene Kandidaten beider Parteien um die Stimmen der bayerischen Katholiken kämpfen würden, und das, obwohl sich im Wandel der Verhältnisse Zentrum und Bayerische Volkspartei auf den meisten Gebieten der Außen- und Innenpolitik wieder auf eine gemeinsame Linie zusammengefunden hatten.

In dieser kritischen Lage hat die Bildung der Rechtsregierung unter Zentrumsführung einen scheinbaren Wandel geschaffen, der es den rivalisierenden Parteien ermöglicht, über die politische Einigung hinweg auch ihre organisatorischen Streitpunkte zu bereinigen. Darauf hinielende Verhandlungen reichen erheblich weiter zurück, denn bereits Ende des vergangenen Jahres hat eine Verständigung zwischen dem Reichsarbeitsminister Brauns und dem bayerischen Ministerpräsidenten Wirth zu diesem Zweck stattgefunden. Der damalige Versuch wurde aber von den Beuten des linken Zentrumskügels hintertrieben, weil sie in irgendeiner Art von Wiedervereinigung mit der Bayerischen Volkspartei mit Recht eine entscheidende Stärkung des rechten Zentrumskügels befruchteten. Nachdem nun durch die Regierungsbildung vollendete Tatsachen geschaffen sind, an denen auch die Herren Wirth und